

Antrag

der Abgeordneten Gert Weisskirchen (Wiesloch), Wolfgang Thierse, Monika Griefahn, Lothar Mark, Ulrike Merten, Uta Zapf, Dr. Christoph Zöpel, Doris Barnett, Gernot Erler, Petra Ernstberger, Rolf Kramer, Johannes Pflug, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Angelica Schwall-Düren, Franz Müntefering und der Fraktion der SPD,

der Abgeordneten Claudia Nolte, Hans Raidel, Helmut Rauber, Willy Wimmer (Neuss), Kurt-Dieter Grill, Hermann Gröhe, Sibylle Pfeiffer, Kurt J. Rossmann, Michael Stübgen, Dr. Angela Merkel, Michael Glos und der Fraktion der CDU/CSU, der Abgeordneten Claudia Roth (Augsburg), Dr. Ludger Volmer, Volker Beck (Köln), Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

sowie der Abgeordneten Markus Löning, Helga Daub, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Für eine OSZE-Antisemitismuskonferenz 2004 in Berlin

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Entscheidung der OSZE in Berlin eine Konferenz zum Thema Antisemitismus durchzuführen. Diese Konferenz soll am 28. und 29. April 2004 stattfinden.

Die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus ist die Aufgabe aller.

Antisemitismus, Judenfeindschaft war die zentrale Voraussetzung für die Shoah, die im nationalsozialistischen Deutschland organisierte Verfolgung und Ermordung der deutschen und europäischen Juden. Das Zentrum der Planung war Berlin. Es gehört zu den bleibenden historischen und moralischen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland, sich mit den Ursachen und Folgen dieses Menschheitsverbrechens auseinander zu setzen. Dazu gehört der Antisemitismus, der mit dem Sieg über den Nationalsozialismus und dem erfolgreichen Aufbau einer demokratischen Gesellschaft keineswegs verschwunden ist. Unabhängig von Alter, sozialem Status und politischer Anschauung gibt es antisemitische Vorurteile, die in einzelnen Fällen auch zu tätlichen Angriffen auf Juden geführt haben. Antisemitismus ist eine Bedrohung der deutschen Demokratie und beginnt keineswegs erst mit einer Verharmlosung, Leugnung oder gar Befürwortung von Auschwitz.

Antisemitismus ist kein ausschließlich deutsches Phänomen, es ist ein Problem des gesamten OSZE-Raumes und reicht auch darüber hinaus. Das hat nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit dem Thema bei der OSZE-Konferenz in Wien im Juni 2003 gezeigt. Der Rahmen der OSZE bietet die Möglichkeit, Erkenntnisse und Analysen über Antisemitismus zusammenzutragen, soweit er in christlich-abendländisch geprägten Gesellschaften entsteht, als auch in isla-

misch geprägten Gesellschaften. Bei der Analyse müssen die religiösen, sozialpsychologischen und die ökonomischen Ursachen des Antisemitismus berücksichtigt werden.

Die Konferenz soll dem Austausch zwischen OSZE-Staaten über das Problem des Antisemitismus in den unterschiedlichen Kontexten dienen und Möglichkeiten erörtern, gegen ihn vorzugehen. Hierzu gehört auch die Frage, welche Beobachtungsinstrumente es in unterschiedlichen Staaten bisher gibt und welche möglicherweise für den OSZE-Raum geschaffen werden sollten. Die OSZE-Konferenz soll bereits vorhandene nationale Ansätze evaluieren und daraufhin untersuchen, welche von ihnen für den gesamten OSZE-Raum übernommen werden sollten („best practice“).

Neue Impulse im Kampf gegen den Antisemitismus im OSZE-Raum sind jetzt nötig. Ziel der Konferenz sollte es daher sein, einen Aktionsplan gegen Antisemitismus zu entwickeln und die Mitgliedstaaten aufzufordern, diesen umzusetzen. Dabei wird sich die Konferenz unter anderem mit dem schwerwiegenden Umstand beschäftigen müssen, dass bisherige Erfahrungen im Umgang mit antisemitischen Vorurteilen eine erhebliche Aufklärungsresistenz belegen.

Der Deutsche Bundestag schlägt für die Konferenz der OSZE-Staaten folgende Diskussionsschwerpunkte vor:

Parlamente und Regierungen sollen

- aktiv und beispielhaft zu einer offenen und öffentlichen Auseinandersetzung mit allen Formen des Antisemitismus beitragen und wo nötig, gesetzliche Schritte verabschieden;
- Beobachtungsinstrumente schaffen, z. B. auch auf OSZE-Ebene, die in eigener Verantwortung antisemitische Übergriffe und Vergehen in den Teilnehmerstaaten der OSZE erfassen und auswerten;
- die Zusammenarbeit von Initiativen im OSZE-Raum, die sich kritisch und selbstkritisch mit dem Thema Antisemitismus befassen, fördern;
- die Arbeit der unterschiedlichen internationalen Parlamentarierversammlungen, wie z. B. des Europarats und der OSZE, in ihrem Engagement gegen Antisemitismus fortsetzen.

In Schule und Ausbildung sollen

- Bildung und Erziehung mit ihrer Aufklärungsarbeit in Familie, Schule und Gesellschaft die Fähigkeit vermitteln, Antisemitismus in seinen vielfältigen Erscheinungsformen zu erkennen und ihm im Alltag entgegenzutreten;
- neue politische Anreize und Maßnahmen entwickelt werden, um Menschen zu sensibilisieren, damit sie die verschiedenen Formen des Antisemitismus erkennen und ihnen entgegentreten können;
- Vorschläge entwickelt werden, die u. a. durch die Bundeszentrale für politische Bildung und ihre jeweiligen Landeszentralen bzw. entsprechende Institutionen in anderen Staaten umgesetzt werden könnten;
- alle Formen des Antisemitismus im Rahmen von Lehrerbildung und -fortbildung angemessen berücksichtigt werden.

Medien sollen

- es sich verstärkt zur Aufgabe machen, Antisemitismus und antisemitische Übergriffe zu erkennen, darzustellen und zu verurteilen;
- Sensibilität für untergründig vorhandene Ressentiments schaffen;
- in der journalistischen Ausbildung das Problem des Antisemitismus behandeln;
- auf Genauigkeit in der Berichterstattung achten und die eigene Sprache und verwendete Bilder kritischer hinterfragen.

Die Zivilgesellschaft soll

- Antisemitismus als ein Problem für die Demokratie und damit als ihr Problem erkennen und sich aktiv damit auseinandersetzen;
- religiöse Vielfalt und Toleranz gegenüber Andersgläubigen unterstützen;
- sich von Personen, die dem Antisemitismus Vorschub leisten, distanzieren;
- antisemitisches Denken, Reden und Handeln bekämpfen. Es ist die Aufgabe aller Demokraten, die Akzeptanz gegenüber religiöser Vielfalt und unterschiedlichen Lebensweisen zu fördern. Der Deutsche Bundestag unterstützt zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung von Minderheiten.

Der Deutsche Bundestag erwartet von dieser Konferenz ein starkes Signal im Kampf gegen Antisemitismus im OSZE-Raum.

Berlin, den 10. Dezember 2003

Franz Müntefering und Fraktion

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

